

MITTWOCHSKOLUMNE

Es geschah vor vier Jahren am Ufer der Wolga, unweit der Stadt Kasan. Dort bin ich aufgewachsen, dort habe ich gelernt und gearbeitet, bevor das Angebot kam, für die russische Online-Redaktion der „Deutschen Welle“ in Bonn zu arbeiten. Am Wolga-Ufer wurde eine Gruppe von Journalisten zu einem Treffen mit Schülern eingeladen, die in einem Sommerlager Erholung und Sport im Grünen genossen. Wir Erwachsenen redeten mit den Kindern über unseren Beruf, die journalistische Ausbildung, dienstliche Auslandsreisen – solche Treffen werden in Russland ziemlich oft organisiert.

Nachdem ich kurz über meine Deutschland-Besuche berichtet hatte, fragte mich ein ganz kleiner Bub, ob ich eine Fremdsprache beherrsche. „Sagen Sie bitte etwas auf Deutsch“, bat mich der Kleine. „Hände hoch!“, antwortete ich im Scherz. Ich war überzeugt, dass seit dem Zweiten Weltkrieg jeder russische Bub diese deutschen Worte kennt. Krieg zu spielen war in meiner Kindheit eine Lieblingsbeschäftigung. Und

natürlich mit deutschen Worten wie „Hände hoch!“, „Halt!“ und „Feuer!“ Doch dieser Bub wusste mit dem Scherz nichts anzufangen: „Was bedeutet denn das?“, fragte er mich. In diesem Moment begriff ich: Für die jungen Russen existiert jener Krieg nicht mehr.

Diese Geschichte fiel mir sofort wieder ein, als ich die Ergebnisse einer aktuellen Forsa-Umfrage sah. Danach betrachtet nur eine knappe Mehrheit der Deutschen (53 Prozent) meine Heimat „eher als Freund“. 14 Prozent antworten mit „weder noch“, zehn Prozent können in Bezug auf Russland nichts aussagen. Aber fast ein Viertel der Deutschen (23 Prozent) meint, dass Russland „eher Feind“ ist. Immer wieder fiel mein Blick auf das Wort „Feind“. Ich fragte mich, ob ich als Ausländer etwas sprachlich nicht richtig verstehe? Oder ist es wirklich so, dass jeder Vierte in Deutschland, wo ich jetzt wohne, davon überzeugt ist, dass wir Russen seine Heimat hassen? „Das kann doch nicht sein“, sagte ich mir und such-

Von außen betrachtet



Andrey Kobayakov

Geliebter Feind

Ein russischer Journalist über die schwierige Beziehung zu den Deutschen

te Rat in einem Buch: „Deutsch als Fremdsprache“ von Langenscheidt. Also, die erste Bedeutung des Wortes „Feind“ lautet: jemand, der eine andere Person aus bestimmten Gründen hasst und versucht, ihr zu schaden. Hmm, vielleicht kann ja die zweite Definition meine

Zweifel beseitigen? Leider nicht, denn die zweite Bedeutung für „Feinde“ lautet: Menschen eines Landes oder Soldaten eines Staates, mit dem das eigene Land Krieg führt.

Ich hatte naiv angenommen, dass alle Kriege zwischen Russen und Deutschen längst ausgekämpft seien. Ich

erinnere mich noch gut an meine Oma: Als ich noch ein Kind war und zuhause in Russland mit meinen Freunden auf dem Hof lautstark Krieg spielte, belehrte sie uns immer wieder: „Ihr sollt bei euren dummen Spielen nicht immer von den Deutschen reden. Wir haben damals nicht gegen Deutsche gekämpft, sondern gegen Faschisten.“

Sind die Russen noch die Feinde? 2005, vor den Feiern zum 60. Jahrestag des Kriegsendes, wurde auch in Russland so eine Umfrage durchgeführt. Man muss berücksichtigen, dass vor diesem historischen Datum auf russischen Kanälen zahlreiche ideologische Fernsehsendungen, historische Dokumentarstreifen, Heldenfilme und Talkshows gesendet werden. Im Mittelpunkt standen stets die Ruhmestaten des sowjetischen Volkes und die unvorstellbaren Grausamkeiten der Nazis. Trotzdem: Nur 5,4 Prozent aller Befragten nannten Deutschland einen „Gegner Russlands in den internationalen Beziehungen“, nur zwei Prozent meinten, dass unsere Beziehungen in den

nächsten Jahrzehnten schlechter werden. Das Wort „Feind“ kam überhaupt nicht vor. Übrigens nahmen an der Umfrage 2005 auch Deutsche teil, und ihre Antworten in Bezug auf die Russen waren zum Teil noch positiver.

Was also ist mit den Deutschen in den letzten drei Jahren geschehen? Haben die Meinungsforscher einen Fehler gemacht? Oder assoziieren Deutsche mit Russland vor allem den Kreml? Ja, die Ereignisse der letzten Jahre in der Innen- und Außenpolitik Russlands lassen aus westlicher Sicht viel zu wünschen übrig. Ja, die meisten Russen zeigen sich über die westliche Demokratie enttäuscht und wollen die „eiserne Hand“. Das könnte man auch verstehen, wenn man die Entwicklung des Landes seit 1990 verfolgt. Was macht Russland so schrecklich in den Augen der Deutschen, dass jeder Vierte das Land von Akunin und Netrebko, Kurnikowa und Tatu so hart bewertet?

Der russische Journalist Andrey Kobayakov (46) arbeitet für die Internet-Redaktion der „Deutschen Welle“ und lebt in Bonn.

AKTUELLES IN KÜRZE

HESSEN

Jamaika ist denkbar

Der frühere FDP-Vorsitzende Wolfgang Gerhardt hält eine Jamaika-Koalition aus CDU, FDP und Grünen in Hessen für möglich. „Das haben wir immer noch als eine Vorstellung, die realistisch erscheint“, sagte Gerhardt. Ob es zu einem derartigen Bündnis komme, hänge nun von den Grünen ab.

BELGIEN

Streit mit Kabul

Das Todesurteil gegen den jungen afghanischen Journalisten Kambachsch hat diplomatische Folgen: Belgiens Außenminister De Gucht bestellte den afghanischen Botschafter in Brüssel zur Erläuterung des Falls ein. Kambachsch soll unter Studenten einen Text aus dem Internet verbreitet haben, in dem Aussagen aus dem Koran in frauenfreundlicher Weise interpretiert werden.

EU-REFORMVERTRAG

Paris macht Weg frei

Frankreich könnte schon in Kürze als fünftes Mitgliedsland der Europäischen Union den EU-Reformvertrag verabschieden. Mit einer Verfassungsänderung machten die Abgeordneten von Senat und Nationalversammlung den Weg frei für die Ratifizierung.

Das Datum

6. Februar 1918: In Großbritannien wird ein Gesetz verabschiedet, nach dem Frauen, die über 30 Jahre alt sind, das Wahlrecht erhalten.
6. Januar 1980: Das Bundesverfassungsgericht entscheidet, dass die friedliche Nutzung der Kernenergie mit dem Grundgesetz vereinbar ist.

CHINA

Haft für Aktivisten

In China ist ein Menschenrechtsaktivist zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Lu Gengsong habe zum Umsturz aufgerufen, hieß es im Urteil des Gerichts in Hangzhou. Der Aktivist hatte die Korruption in China kritisiert.

KOLUMBIEN

Massenprotest

Mehr als vier Millionen Menschen haben in Kolumbien gegen die Guerillagruppe FARC demonstriert und die Freilassung aller Geiseln gefordert. Auch in anderen Ländern kam es zu Protestmärschen, darunter Spanien, Frankreich, Italien, Ungarn und Schweden.

IRAN

Angebot storniert

Der Iran zieht nach drei Jahren ein Angebot für ein internationales Konsortium zur Urananreicherung zurück. „Das Angebot liegt nicht länger auf dem Tisch“, sagte Präsident Ahmadinedschad. Die USA und europäischen Staaten waren auf das Angebot nicht eingegangen.

HESSEN-SPD

Ypsilanti gewählt

Die hessische SPD-Landesvorsitzende Andrea Ypsilanti führt auch die neue Landtagsfraktion. Die Abgeordneten stimmten in Wiesbaden in ihrer ersten Sitzung nach der Landtagswahl geschlossen für die Parteichefin.

ISRAEL



Von Frieden keine Spur: Hamas-Angehörige in Gaza betrauern die Opfer eines israelischen Vergeltungsschlags. AP

Israel rächt sich mit Raketen auf Hamas

Gaza/Tel Aviv – Einen Tag nach dem Selbstmordanschlag von Dimona hat die israelische Luftwaffe gestern bei einem Angriff im südlichen Gazastreifen sechs Milizen der radikal-islamischen Hamas getötet. Fünf weitere Personen seien bei dem Raketenangriff auf eine Station der Hamas-Polizeitruppe verletzt worden, sagte ein Sprecher der Gesundheitsbehörde in Gaza.

Die Polizeistation westlich von Chan Junis wurde nach Augenzeugenberichten durch die beiden Raketen zerstört. Die Männer hätten sich in einem Zelt zum Nachmittagsgebet versammelt, als die Raketen einschlugen. Hamas-Sprecher Sami Abu Suhri erklärte, Israel werde einen „hohen Preis“ für den Angriff zahlen.

Zuvor waren bei einem israelischen Vorstoß in den Gazastreifen am Dienstag zwei Hamas-Mitglieder getötet worden. Nach Angaben einer Armeesprecherin hatten die Soldaten das Feuer eröffnet,

als sich ihnen zwei Palästinenser auf verdächtige Weise genähert hätten.

Hamas bekannte sich unterdessen offiziell zu dem Selbstmordanschlag in Dimona, bei dem am Vortag eine israelische Frau getötet und Dutzende Menschen verletzt worden waren. Die Hamas nannte dabei andere Namen der beiden Attentäter als der militante Fatah-Arm, der sich am Vortag ebenfalls von der Tat bekannt hatte.

Ein israelischer Militärsprecher bestätigte den Raketenangriff im Gazastreifen. Dieser sei eine Reaktion auf den Beschuss der Grenzstadt Sderot durch militante Palästinenser gewesen. In einem Industriepark von Sderot waren zuvor zwei aus dem Gazastreifen abgefeuerte Kassam-Raketen eingeschlagen. Insgesamt schossen militante Palästinenser am Dienstag etwa zehn Raketen auf Israel ab. Bei einem direkten Treffer in Sderot wurde nach Angaben der Armee ein Israeli verletzt.

FAMILIENFÖRDERUNG

Neuer Streit über Freibeträge

Mehr Geld für Schulspeisung, niedrigere Kinderfreibeträge für Eltern: Die SPD will bei der Familienförderung Millionen umschichten. Die Pläne stoßen bei Union und FDP auf scharfe Kritik.

VON STEFFEN HABIT

München – Für Krach in der Koalition sorgte ausgerechnet Wolfgang Jüttner. Der SPD-Politiker aus Hannover war bei der Landtagswahl in Niedersachsen gerade erst gegen Christian Wulff gescheitert. Als Chef der SPD-Arbeitsgruppe gegen Kinderarmut versucht er jetzt, sich bundesweit zu profilieren – und erntete Entrüstung. Auslöser ist sein Vorstoß, die steuerlichen Freibeträge für Kinder zu kürzen und das eingesparte Geld für Sachleistungen wie Schulspeisungen zu verwenden. „Wir lassen prüfen, ob es verfassungsrechtlich möglich ist, die Freibeträge für Betreuungsleistungen zu modifizieren“, verkündete Jüttner.

Der SPD-Politiker trifft damit einen wunden Punkt. Seit Wochen streiten Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) und Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) über eine Kindergeld-Erhöhung. Die Union will die Förderung für Eltern anheben, die SPD plädiert dagegen dafür, das Geld in den Ausbau von Betreuungsangeboten zu investieren. Eine Entscheidung fällt frühestens im Herbst. Zunächst will die Koalition den neuen Bericht zum Existenzminimum abwarten.

Jüttners Pläne stoßen in der Union auf heftigen Protest. CSU-Chef Erwin Huber warf der SPD ein „familienfeindliches Gesellschaftsbild“ vor. Bayerns Sozialministerin

Christa Stewens (CSU) warnte davor, die Eltern zu bevormunden. „Eigenverantwortung muss Vorrang vor staatlichem Dirigismus haben“, sagte die Ministerin. Die De-

batte um eine Kürzung der Freibeträge sei „völlig verfehlt“ und „verfassungsrechtlich bedenklich“.

Die Familienförderung in Deutschland besteht im Kern aus Kindergeld und Kinderfreibetrag. Bei Letzterem hat das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber allerdings enge Grenzen gesteckt. So darf das Existenzminimum eines Steuerpflichtigen und seiner Familie nicht besteuert werden. Auch für den Betreuungsaufwand der Eltern muss es einen Freibetrag geben (siehe Kasten). Diesen will Jüttner allerdings kürzen. Durch den Ausbau der Kinderbetreuung würden Eltern weniger beansprucht, so der SPD-Politiker.

Geradezu „bizarrr“ sei Jüttners Argumentation, wettete der familienpolitische Sprecher der Unions-Fraktion, Johannes Singhammer (CSU). „Erst gibt man den Eltern einen Euro für das Pausenbrot und dann nimmt man ihnen über einen niedrigeren Freibetrag das Geld wieder weg.“ Statt weniger Unterstützung bräuchten die Familien mehr Hilfe. Singhammer fordert daher, das Kindergeld in den ersten drei Lebensjahren um 100 Euro auf 254 Euro aufzustoßen. Davon sollen Familien mit mindestens zwei Kindern profitieren. Die Mehrausgaben schätzt Singhammer auf rund 850 Millionen Euro im Jahr. Eine bescheidene Summe im Vergleich zu den Kosten für eine allgemeine Kindergeld-Erhöhung: Rund 2,1 Milliarden Euro müsste Steinbrück pro Jahr aufbringen, damit das Kindergeld um zehn Euro steigt.



Mehr Geld für Familien fordert die Union. Die SPD will die bestehende Förderung dagegen nur umschichten. DPA

Existenzminimum bleibt steuerfrei

Steuerzahler haben einen verfassungsrechtlichen Anspruch darauf, dass das Existenzminimum ihrer Kinder steuerfrei bleibt. Dies kann durch Freibeträge oder die Zahlung von Kindergeld erfolgen. Der Kinderfreibetrag orientiert sich am Existenzminimum eines Kindes. Dieses liegt derzeit bei 3648 Euro im Jahr. Dazu kommt ein zusätzlicher Freibetrag für Betreuung und Erziehung von 2160 Euro. Insgesamt beträgt der Freibetrag also 5808 Euro im Jahr – das entspricht 484 Euro im Monat.

VERTRIEBENE

Gedenkzentrum kommt

Neumann verkündet in Warschau einen Durchbruch

Berlin/Warschau (dpa) – Durchbruch im deutsch-polnischen Streit um eine Dokumentationsstätte für Vertriebene: Mit den Worten „Der Weg ist nun frei für einen Kabinettsbeschluss über ein sichtbares Zeichen gegen Flucht und Vertreibung“ hat sich Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) gestern optimistisch über ein Gespräch mit dem polnischen Staatssekretär Wladyslaw Bartoszewski in Warschau geäußert. Laut Neumann war es „ein sehr offenes Gespräch in freundschaftlicher Atmo-

sphäre, das Ergebnis ist aus meiner Sicht sehr zufriedenstellend“. Nach polnischen Angaben will Bartoszewski die Gespräche heute und morgen in Berlin fortsetzen.

Die in Polen umstrittene Vertriebenenpräsidentin Erika Steinbach begrüßte die Ergebnisse des Treffens. „Das ist ein deutliches Zeichen, dass die deutsch-polnischen Verhältnisse wieder in ein normales Fahrwasser zurückgekehrt sind“, sagte sie. Der Streit über das Zentrum belastet seit Jahren das Verhältnis seit Jahren. dpa/ap

STEUERSENKUNGEN

Unionskonzepte unterscheiden sich in Details

Die CSU will Familien stärker entlasten als die CDU – Kampf gegen „kalte Progression“

München – Die Union scheint sich einig: Die Bundestagswahl 2009 soll mit dem Versprechen von Steuersenkungen gewonnen werden. Dies kommt einem radikalen Strategiewechsel gleich, nachdem Angela Merkel 2005 mit der Ansage angetreten war, nach der Wahl die Mehrwertsteuer zu erhöhen.

Für konkrete Modelle ist es noch zu früh, allerdings gehen die Überlegungen der Unionsschwester derzeit in unterschiedliche Richtungen. So will die CSU vor allem Familien entlasten: Diskutiert



Otto Bernhardt will den Eingangsteuersatz von 15 auf 12 Prozent senken

wird, den Kinderfreibetrag von derzeit 5808 auf 8000 Euro anzuheben. Auch ein genereller Freibetrag von 8000 Euro pro Familienangehörigen wird erwogen. Ähnliches hatte bereits Paul Kirchhof in sei-

nem Steuerkonzept vor der letzten Wahl vorgesehen.

Auch die CDU will nach Angaben ihres Finanzexperten Otto Bernhardt Familien besserstellen – weist diesem Anliegen aber weniger Priorität zu. Sie will den Steuerfreibetrag für Erwachsene von 7664 auf 8000 Euro anheben. Auch der Freibetrag für Kinder soll steigen – allerdings weniger als bei der CSU. Konkrete Zahlen werden nicht genannt. Insgesamt würden die Steuerzahler um 2,5 Milliarden Euro entlastet. Die CDU-Finanzexperten plädieren zu-

dem dafür, den Eingangsteuersatz von 15 auf 12 Prozent zu senken.

Beide Unionsparteien wollen die sogenannte kalte Progression auffangen. Diese frisst selbst moderate Lohnerhöhungen durch einen progressiv steigenden Einkommenssteuersatz auf. Deshalb sollen die Steuerstufen nach hinten verschoben werden. Der Spitzensteuersatz von 42 Prozent würde beispielsweise nicht mehr ab einem Jahreseinkommen von 52 151 Euro greifen, sondern erst ab etwa 60 000 Euro. mik